



Kiel, 3. Februar 2014

Nr. 018 /2014

Tobias von Pein

## Für ein demokratisches Miteinander - Abschaffung der Extremismusklausel

*Der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus Tobias von Pein begrüßt die bekannt gewordene Einigung auf eine Abschaffung der Extremismusklausel in den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus.*

Die Abschaffung der Extremismusklausel macht endlich Schluss mit dem Generalverdacht gegen die Zivilgesellschaft. Es ist ein riesiger Erfolg der gemeinsamen Kritik von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Staatsrechtlern, Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft. Damit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft auf eine neue, bessere Ebene gestellt. Jene, die mit ihrem persönlichen Engagement tagtäglich gegen Neonazis und für demokratische Werte und ein respektvolles Miteinander in unserer Gesellschaft eintreten, bekommen jetzt wieder das Vertrauen und die Unterstützung, die sie verdienen.

Auch der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte auf Initiative der Küstenkoalition im Dezember 2012 einen Beschluss zur Abschaffung der Extremismusklausel gefasst. Mit der Abschaffung der Extremismusklausel verwirklicht Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ein zentrales Versprechen der SPD gegenüber den vielen Vereinen und Initiativen, die sich bundesweit für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus einsetzen.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)